

V o r l a g e Nr. G 27/17
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 26.06.2008

Bericht zur Arbeit der Gesamtschüler(innen)vertretung (GSV) und der Förderung demokratischer Handlungskompetenzen durch die Behörde und Schulen

A. Problem

In der 5. Sitzung der Deputation für Bildung vom 06.12.2007 haben die Sprecherin der Deputation, Frau Stahmann, und Herr Rohmeyer, Fraktion der CDU, um einen Bericht zur Arbeit der GSV gebeten, der auch Aussagen über die Unterstützung der Arbeit der GSV durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft enthalten soll. Der GSV-Vorstand hat der Deputation zugesagt, ihr seine Vorstellung von der aktuellen Arbeit der GSV zukommen zu lassen.

B. Sachstand

1. Rechtliche Grundlage

Die GSV ist gemäß § 79 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes (BremSchVwG) die Interessenvertretung der Schülerinnen und Schüler der stadtbremischen Schulen. Delegierte der Bremer Schulen (mit Ausnahme der Grundschulen) wählen jährlich einen Vorstand. Dieser hat zurzeit dreizehn Mitglieder. Die GSV kann zu allen besonders bedeutsamen Schul- und Erziehungsfragen der Stadtgemeinde und des Landes, besonders zu Gesetzentwürfen, Stellung nehmen und Vorschläge machen (§ 77 Absatz 1 BremSchVwG). Besonders bedeutsame Maßnahmen sind zwischen der zuständigen Behörde und der Gesamtvertretung mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Die GSV kann von der Schulbehörde Auskünfte einholen, die ihr im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche erteilt werden, soweit nicht rechtliche Hinderungsgründe entgegenstehen.

2. Die aktuelle Arbeit der GSV

Der amtierende GSV-Vorstand berichtet über seine Arbeit:

„Der Grundanspruch des Vorstandes ist, die Schülerinnen und Schüler zu vernetzen, um uns gemeinsam für ein selbst bestimmtes Lernen einzusetzen. Mit unserer Arbeit wollen wir erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler unter möglichst wenig Notenstress - und anderem psychischem Druck in der Schule - zu leiden haben und so viel wie möglich selbst bestimmt lernen können. Dabei wollen wir möglichst parteiunabhängig agieren. Einen Teil unseres Finanzzetats schöpfen wir aus dem Verkauf von SchülerInnenausweisen. Darum werden wir sie im nächsten Schuljahr wieder pünktlich nach den Sommerferien herausgeben.

Momentan sind wir in mehreren Bereichen aktiv:

- *Wir stellen uns der Propaganda von Neonazis an Schulen entgegen und schreiben und verteilen Flyer gegen rechtsradikales Gedankengut.*

- *Wir schreiben einen Newsletter, in welchem wir interessierte Schülerinnen und Schüler über die bildungspolitische Lage sowie die Aktivitäten der GSV informieren.*
- *Wir arbeiten an der Erneuerung eines Readers, welcher über die Rechte der Schülerinnen und Schüler informiert.*

Im Sinne einer Vernetzung der Schülerinnen und Schüler im Lande Bremen treffen wir uns mit dem Stadtschülerring Bremerhaven. Des Weiteren schreiben wir bei gegebenen Anlässen Presseerklärungen.“

3. Finanzielle Unterstützung der GSV

Die Arbeit der GSV wird durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft finanziell unterstützt. Im Haushaltsjahr 2008 stehen insgesamt 8.500,- Euro zur Verfügung. Darüber hinaus nutzt die GSV Mittel aus dem Verkauf von SchülerInnenausweisen.

4. Weitere Unterstützungsangebote der Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Die GSV wird in ihrer Arbeit mit der Behörde durch zwei Lehrkräfte unterstützt. Die so genannte Verbindungslehrkraft berät die GSV in finanziellen und rechtlichen Fragen, die Vertrauenslehrkraft in ihrer inhaltlichen Arbeit. Diese Lehrkräfte werden mit jeweils drei Wochenstunden in ihrem Hauptamt entlastet. Gegenwärtig läuft eine Neuausschreibung für die Funktion einer Vertrauenslehrkraft und einer Verbindungslehrkraft.

Um die personelle Basis der Arbeit der GSV zu verbreitern und Kräfte zu bündeln, die in den Schulen an Projekten von Schülerbeteiligung arbeiten, hat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft die folgenden Maßnahmen initiiert:

Seit 2001 haben Schulen in Bremen und Bremerhaven an der Einführung des **Lions-Quest-Programms „Erwachsen werden“** teilgenommen. Im Mittelpunkt des Programms steht die Förderung sozialer Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 bis 10. Das Programm will diese dabei unterstützen, ihr Selbstvertrauen und ihre kommunikative Kompetenz zu stärken, Kontakte und Beziehungen aufzubauen und zu pflegen und Konflikte im Alltag zu begegnen. Das Landesinstitut für Schule bietet in Kooperation mit dem LIONS-Club Fortbildungen zur Implementation des Programms an, die bei Lehrkräften auf große Akzeptanz stoßen.

Rund 90 Schülerinnen und Schüler aus Bremer Schulen folgten der Einladung der Behörde am 5.10.2006 ins Freizeitheim Findorff zu einer Zukunftswerkstatt zu der Frage **„Was ist eine gute Schule?“**. Die Arbeit in der Zukunftswerkstatt wurde in einem Film dokumentiert, die Ergebnisse der Arbeit in einem Text dargestellt und in sieben Forderungen zusammengefasst. Diese Produkte wurden Senator Lemke im Rahmen des Fachtags „Demokratisierung durch Beteiligung im Alltag“ vorgestellt und in die Arbeit in Schulen und in die Gesamtschülervertretung eingebracht. Aus der Arbeit dieser Werkstatt entstand die Idee regelmäßiger Fortbildung für Schülerinnen und Schüler.

Das Landesinstitut für Schule hatte in Kooperation mit dem LidiceHaus am 13. und 14. Februar 2008 eine Fortbildung für Schülervereinerinnen und Schülervereiner mit dem Titel **„Ohne uns läuft nix!“** angeboten, an der 45 Schülerinnen und Schüler aus 14 Schulen teilgenommen haben. Ziel der Veranstaltung war es, interessierte Schülerinnen und Schüler für die Arbeit der Schülervereiner in einer Schule fortzubilden. Folgende Aspekte wurden bearbeitet: Elemente einer demokratischen Schule, rechtliche Grundlagen für Schülermitbestimmung und Aufgaben von Klassensprecherinnen und Klassensprechern, Erfahrungsaustausch zur Situation und zur Arbeit der Schülervereiner. Weitere Veranstaltungen

gen werden geplant.

5. Unterstützung der Demokratieerziehung in der Schule

Zusätzlich zu der Möglichkeit eines Engagements in der Gesamtschülervertretung ist es sinnvoll, den Schülerinnen und Schülern weitere Lerngelegenheiten in schulischen und außerschulischen Erfahrungs- und Handlungsfeldern anzubieten, um Kompetenzen zu fördern, die Menschen benötigen, um an Demokratie als Lebensform teilzuhaben und diese in Gemeinschaft mit anderen Menschen aktiv zu gestalten. Im Folgenden wird ein Repertoire von Lerngelegenheiten und Kontexten, die zu Demokratielernen und demokratischer Schulqualität beitragen, dargestellt, an denen in den zurückliegenden Jahren mit Unterstützung der senatorischen Behörde, Schulen und Schülerinnen und Schüler im Land Bremen beteiligt gewesen sind.

Der **Wettbewerb „Demokratisch Handeln“** wird seit 1989 für alle allgemein bildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Gesucht und unterstützt werden Projekte, Initiativen und Ideen, in denen das Lernen für Demokratie und Politik um Erfahrungsmöglichkeiten erweitert wird sowie Themen und Aufgaben des Gemeinwesens in den Mittelpunkt eines verstehenden und handelnden Lernens kommen. Die **„Lernstatt Demokratie“** ist Abschluss der jährlichen Ausschreibung. Sie ist eine öffentliche Ausstellung der eingeladenen Projekte, an die sich eine Fortbildungsveranstaltung und ein moderierter Erfahrungsaustausch anschließt.

Aus dem Land Bremen wurden seit 1990 279 Projekte bei „Demokratisch Handeln“ eingereicht. In der Stadt Bremen haben sich bisher über 60 Schulen, also etwa 40 % aller Schulen mit einem Projekt beteiligt. Bei den Schulen der Sekundarstufe I und II sind es knapp 80 % der Schulen. In der Stadt Bremerhaven haben 10 Schulen, also etwa jede vierte Schule teilgenommen. Bei den Schulen der Sekundarstufe I und II sind es 40 % der Schulen. Die Beteiligung an dem Bundeswettbewerb war gerade in den letzten fünf Jahren besonders erfolgreich: 48 Projekte aus dem Land Bremen wurden ausgezeichnet. In diesem Jahr sind 12 Projekte aus dem Land Bremen ausgezeichnet worden. Bremen steht damit in diesem Wettbewerb an der Spitze aller Bundesländer. Im Bundesvergleich zeichnen sich die Bremer Projekte dadurch aus, dass sich Schülerinnen und Schüler häufig direkt und erfolgreich in die Politik einmischen.

Ein wichtiger entscheidender Faktor für die Förderung der Partizipation von Schülerinnen und Schülern ist Aktivität und Handlungsorientierung in Projekten, die im besten Fall direkt mit ihrem Lebensumfeld zu tun haben. Vorbildlich hierfür sind Projekte, die im Rahmen des **BLK-Programms „Demokratie leben und lernen“** stattfanden. Dieses Programm hat sich zum Ziel gesetzt, durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft zu fördern. Schule soll sich zum Ort für Demokratielernen entwickeln, einem Ort also, an dem der Erwerb von Kompetenzen zum zivilgesellschaftlichen Handeln und die Einübung in die Praxis demokratischer Lebensführung wichtige pädagogische Ziele sind und die Gestaltung von Unterricht und Schulleben prägen. Die Bremer Schulen haben vor allem zwei Schwerpunkte:

- Von Januar 2003 bis März 2007 arbeiteten fünf Bremer Schulen der Sekundarstufe I im Schulset **„Verantwortung übernehmen für sich und andere“** im Rahmen des BLK-Programms. Übergeordnetes Ziel war es, Lernprozesse zu initiieren, die sich durch eine verstärkte Beteiligung und Verantwortungsübernahme von Schülerinnen und Schülern im Unterricht und im Stadtteil auszeichnen. Durch eine Öffnung der Schule nach innen und außen entwickelten die beteiligten Schulen verschiedenste Lernszenarien, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, selbstverantwortlich Lern- und Lebenskompetenzen zu erwerben und Verantwortung zu übernehmen für sich und andere.

- Seit 1998 findet im November die „**Nacht der Jugend**“ in Erinnerung an die Reichspogromnacht im Bremer Rathaus statt. Am 10. November 2007 hatte die Senatskanzlei zur 7. „Nacht der Jugend“ eingeladen. Etwa 2500 vor allem jugendliche Besucher nahmen an der Veranstaltung teil, die in jugendgemäßer Form an die Reichspogromnacht und die Gräueltaten der Nazis erinnerte. Mehr als 500 Schülerinnen und Schüler hatten die Veranstaltung in Projekten vorbereitet und arbeiteten mit ihren Schülerfirmen auch während der Veranstaltung für ihr Gelingen. Allein 160 Schülerinnen und Schüler hatten in einem Projekt forschenden Lernens im Vorfeld das Thema „Kinderarmut“ in Deutschland und vor allem in Bremen untersucht. Auf der „Nacht der Jugend“ präsentierten sie eine große Ausstellung und diskutierten ihre Ergebnisse mit den Fachvertretungen der Politik in Bremen.
- Die Distanz Jugendlicher zur Politik ist in den letzten Jahren regelmäßiger Befund der politischen Wissenschaften. Als ein Beleg hierfür wird die sinkende und geringe Wahlbeteiligung der Jungwählerinnen und Jungwähler gesehen. Im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ wurde als Gegenstrategie das Projekt „**Juniorwahl**“ unterstützt, mit dem seit einigen Jahren Erfahrungen vorliegen. In diesem Projekt findet anlässlich konkreter Wahlen, so z.B. bei der Bundestagswahl 2005, eine unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Wahlsystem und den politischen Kontroversen im Wahlkampf statt, die in der Woche vor der Bundestagswahl in einer Online-Wahl mit den Original-Stimmzetteln der ablaufenden Bundestagswahl gipfelt. Erst am Wahlabend um 18 Uhr werden die Ergebnisse im Internet veröffentlicht. Bremen als kleinstes Bundesland stellte 2005 mit 0,7 % der Schülerinnen und Schüler 12,5 % der wahlberechtigten und wählenden Schülerinnen und Schüler der 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Juniorwahl.

Schülerinnen und Schüler aus 15 Schulen in Bremen arbeiten an dem bundesweiten Projekt „**Schule ohne Rassismus**“, das seit 1995 in Deutschland besteht. Als „Schule ohne Rassismus“ gelten Schulen, die sich bereit erklären, bei rassistischen Übergriffen Anlaufstelle für Betroffene zu sein und anti-rassistische Arbeit zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler aus drei Schulen, die auch BLK-Programmschulen sind, hielten es für notwendig, dass die Schulen nicht einzelne rassismusfreie „Nischen“ in Bremen bleiben, sondern dass sich ganz Bremen gegen den Rassismus wendet, also dass eine Aktion „Bremen ohne Rassismus“ gestartet wird. Deshalb sammelten die Schülerinnen und Schüler aus diesen drei Bremer Schulen an drei Tagen im Januar 2006 in der Bürgerschaft Unterschriften für ein Parlament ohne Rassismus. Mit ihrer Unterschrift sollten sich die Abgeordneten verpflichten, sich offensiv gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung einzusetzen. 100 % der Abgeordneten haben letztendlich unterschrieben und so ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung gesetzt.

Seit dem Schuljahr 2002/03 wird der **Landeswettbewerb „Jugend debattiert“** im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten durchgeführt. Durch den Wettbewerb sollen Jugendliche das faire und geregelte Debattieren lernen. Beteiligt sind Schulen der Klassen 8 bis 13 aller Schulformen. „Jugend debattiert“ will zum qualifizierten Mitreden und Mitgestalten in der Demokratie ausbilden. Das Projekt fördert die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen unserer Gesellschaft. Die Übung in öffentlicher Rede vermittelt den Jugendlichen Selbstbewusstsein und fördert die Bildung der Persönlichkeit. Im Land Bremen bestehen in diesem Projekt derzeit vier Schulverbände mit insgesamt 18 Schulen.

Am 30.11., 03.12. und 04.12.2007 hatte der Präsident der Bremischen Bürgerschaft zum vierten Mal zu der Veranstaltung „**Jugend im Parlament**“ eingeladen. An drei Tagen konnten 83 Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren aus über 30 Schulen politische und gesellschaftliche Themen erörtern. In vier Ausschüssen wurden zu den Themen „Bildung“, „Integration/Migration“, „Inneres/Innere Sicherheit“ sowie Soziales/Gesundheit“ Beratungen durchgeführt. Am Ende stand im Plenum eine große Debatte, in deren Verlauf Resolutionen

beschlossen wurden. Das bremische Parlament nimmt die Entschlüsse der „Nachwuchs-Abgeordneten“ sehr ernst. Sie werden in den zuständigen Ausschüssen und Deputationen unter Beteiligung der Jugendlichen und abschließend öffentlich im Plenum der Bürgerschaft diskutiert.

C. Finanzielle / Personelle Auswirkungen / Gender-Relevanz

Die Vorlage hat keine Gender-Relevanz.

D. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Arbeit der GSV zur Kenntnis.

In Vertretung

Carl Othmer
(Staatsrat)